



27-10-1987

1040 BRÜSSEL

rue de la Loi 70 - Wetstraat 70  
Tel. 02/230 89 45

17/8/87.

An den Herrn  
Minister der Beschäftigung und  
der Arbeit

Belliardstraat 53 Rue Belliard  
1040 BRÜSSEL

I/SCHREIBEN VOM

I/REF.

U/REF.

BEILAGEN

Nr. 18.182/II/PD  
AR/JC

**BETRIFFT:** - Landesamt für Arbeitsbeschaffung - deutschsprachige Formulare.  
Instruktionen.  
- Hilfskasse für die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung -  
Eintragung ins Fernsprechbuch.

Sehr geehrter Herr Minister,

die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle hat in ihrer Sitzung vom 17. September 1987 eine gegen folgende Behörden gerichtete Klage untersucht:

- gegen die Dienststelle Eupen des Landesamt für Arbeitsbeschaffung, die anscheinend nicht über Formulare in deutscher Sprache zur Anwendung der Bestimmungen über die Kontrollkarte bei Teilbeschäftigten verfügen soll (Formulare des Typs C.171 bzw. C.3 Teilzeitbeschäftigung), und die einem Arbeitgeber des deutschsprachigen Gebietes Formulare in französischer Sprache zustellt, wobei die dort umseitig abgedruckten Verwendungsanweisungen freilich auch in dieser Sprache abgefaßt sind;
- gegen die Dienststelle Eupen der Hilfskasse für die Auszahlung der arbeitslosenunterstützung, die im örtlichen amtlichen Fernsprechbuch nur in französischer Sprache erwähnt ist.

Die Kommission hat festgestellt, daß davon ausgegangen werden kann, daß von der Verwaltungsstruktur her die Dienststelle Eupen eine Außenstelle der subregionalen Dienststelle des Landesamtes für Arbeitsbeschaffung in Verviers darstelle, diese wiederum eine Regionalbehörde im Sinne des Artikels 36 §1 der KSG sei.

Darüber hinaus sind die Unterlagen, von denen die Rede ist (Formel C.3 und C.171), die durch den Arbeitnehmer und durch den Arbeitgeber ausgefüllt werden sollen, und deren Rückseite ausführliche Instruktionen enthalten, als Bestandteile der Beziehungen zu einer Einzelperson zu betrachten (Vgl. hierzu Gutachten der SKSK Nr.4063 vom 23.9.1976).

In Anwendung des Artikels 34 §1, auf den die Artikel 36 §1 sowie 12 der KSG verweisen, ist der betreffende Dienst gehalten, nur die deutsche Sprache anzuwenden, wenn er sich an eine Einzelperson in einer Gemeinde des deutschsprachigen Gebietes wendet, vorbehaltlich des Rechtes dieser Person, den Gebrauch des Französischen zu wählen.

Die SKSK hat von den getroffenen Maßnahmen Kenntnis genommen, sodaß sie befindet, daß diese Klage, obgleich zulässig, mittlerweile überholt ist.

Was den zweiten Teil der Klage anbelangt, ist die SKSK der Auffassung, daß die Eintragung ins amtliche Fernsprechbuch eine Mitteilung an die Öffentlichkeit durch einen den KSG unterliegenden Dienst darstellt. In Anwendung des Artikels 11 §2 Abs.1 besagter Gesetze muß diese Eintragung in Eupen sowohl in deutscher als auch in französischer Sprache erfolgen.

Die Klage ist für zulässig und begründet erklärt. Die Kommission hat Kenntnis der Schritte erlangt, die die Hilfskasse für die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung beim Fernmeldeamt unternommen hat, damit bei der nächsten Ausgabe des amtlichen Fernsprechbuches die Eupener Dienststelle sowohl auf Deutsch als auch auf Französisch verzeichnet steht.

Eine Abschrift dieses Gutachtes ergeht an die klagende Partei.

Genehmigen Sie, Herr Minister, den Ausdruck meiner vorzüglichster Hochachtung.



DER VORSITZENDE,

J. FLEERACKERS.